

# Sudetendeutsche Post

Erscheinungsort Linz  
Verlagspostamt 4020 Linz  
Einzelpreis: S 12.—

P. b. b.

Offizielles Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ)

Folge 13/14

Wien — Linz, 4. Juli 1991

37. Jahrgang

Europa der Regionen

VON WOLFGANG SPERNER

**Gesucht: Schulbücher  
über Zeitgeschichte**

(Seite 2)

**Tribüne der  
Meinungen**

(Seiten 6 und 9)

**Das aktuelle  
Thema**

(Seite 14)

## Die SL bietet nun Beratung in den Rechtsfragen an

In den SLÖ-Geschäftsstelle in Wien wurde unter Vorsitz des Rechtsreferenten Dr. Alfred Haindl ein Beratungsausschuß gegründet, der in freier und ehrenamtlicher Zusammenarbeit Juristen, Finanz- und Wirtschaftsfachleute umfaßt, die sich mit den vermögensrechtlichen Ansprüchen der Heimatvertriebenen und der Wiederherstellung der Eigentumsrechte in einer Beratungsfunktion für Mitglieder befassen soll.

Dazu verweisen wir auf den Aufruf von Dr. Haindl in der Sudetenpost Folge 12, vom 20. Juni, wonach sich interessierte Fachleute in allen Bundesländern melden sollen, um diese Beratung auf möglichst breite Basis zu stellen. Dieser Ausschuß geht im übrigen auf eine Anregung von Dr. Harald Ofner beim Südmährerseminar in Strebersdorf und einen Antrag von Reiner Elsinger bei der Bundeshauptversammlung in Linz am 21. April 1991 zurück.

Als vordringliche Aufgaben und als Arbeitsprogramm für die nächste Zeit wurden bei der Sitzung vom 19. Juni folgende Punkte angenommen:

1. Beschaffung von Gesetzestexten des ČSFR-Parlaments.
2. Beschaffung der Kreiseinteilungen des Heimatgebietes, da gegenüber der früheren Zeit u. U. Verwaltungsänderungen vorgenommen wurden.
3. Anschriftenliste der staatlichen Notariate (Statni Notarstvi)

### Wichtige Mitteilung

Wegen der Ferienmonate ist die SLOÖ-Geschäftsstelle vom 3. Juli bis 2. September nicht besetzt. Sollte es notwendig sein, sind Lm. Rudolf Lausecker, Telefon 82 36 45, und Lm. Karl Wiltschko, Telefon 23 27 352, erreichbar.

und Geodäsieämter in den Kreisstädten, als Auskunftsstelle für Grundbuchsauszüge und Grundbesitzbögen. 4. Merkblätter (ev. Mustergesuche in tschechischer Sprache) zur Einholung von Grundbuchsauskünften. 5. Muster für „Feststellungsklagen“. 6. Anschriftenliste von Rechtsanwälten in der ČSFR zur rechtsfreundlichen Unterstützung. 7. Anschriftenliste von Rechtsanwälten und Wirtschaftstreuhandern mit ČSFR-Erfahrung in Österreich. 8. Musteranträge für individuelle Eigentumsrückstellung bzw. für Rechtsverwahrung (solange gesetzliche Voraussetzungen fehlen). 9. Allgemeine Empfehlungen für Verbände und Mitglieder. 10. Juristische Grundlagen für die Schaffung von Voraussetzungen zur Durchsetzung der Rechtsansprüche (Stichwort: Europarat — Menschenrechtskonvention — Beneš-Dekrete).

Angesichts dieses umfangreichen Arbeitsprogrammes und der Tatsache, daß sich die Menschen bekanntlich nicht zur ehrenamtlichen Arbeit drängen, werden die Landsleute um Verständnis ersucht, daß die Erarbeitung der Beratungsunterlagen einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Wer immer etwas dazu beitragen kann, ist aufgerufen, an die SLOÖ-

geschäftsstelle Hegelgasse zu schreiben (deswegen haben wir hier das Arbeitsprogramm veröffentlicht).

Nun zu einigen wichtigen Feststellungen: Grundbuchsauskünfte. Wie bei uns ist auch in der ČSFR das Grundbuch öffentlich und jeder, der ein berechtigtes Interesse nachweisen kann, kann auch Auskunft begehren. Ein berechtigtes Interesse hat jeder ursprüngliche oder zukünftige Besitzer. Es sind auch Fälle bekanntgeworden, wonach dem ursprünglichen (bzw. eigentlichen) Besitzer Auskünfte verweigert wurden. Das ist rechtlich nicht haltbar! Jedes Grundbuch hat ein Eigentümerverzeichnis, dem man die Parzellennummer entnimmt, welche für die Ausstellung des Grundbuchsauszuges erforderlich ist. Schriftliche Anfragen dauern meistens 3—6 Monate, da sich diese in einem nicht erwarteten Ausmaß anhäufen. Schneller wird man meistens bei persönlichen Vorsprachen mit einem nachhelenden Freundlichkeitsbeweis bedient. In vielen Fällen waren die Auszüge sogar gebührenfrei, wenn auch da und dort von der Einführung einer Gebühr von 20 Kc gesprochen wird. Auskünfte über Anwälte haben ungerechtfertigterweise manchmal Kosten von 2000 bis 3000 S erfordert.

Die Grundbücher wurden bis 1952 lückenlos geführt und haben daher konstitutive Wirkung. Bis 1. 4. 1964 wurden weiterhin, aber nicht mehr lückenlos Eintragungen vorgenommen, so daß diesen Auskünften nur mehr deklarative Wirkung zukommt. Ab 1964 wurden nur mehr Evidenzmitteilungen von den Geodäsieämtern vermerkt, soweit eben Grundstücksveränderungen vorkamen. Um also den gültigen Stand eines Grundstückes festzustellen ist daher: 1. ein Grundbuchsauszug, 2. ein Evidenzauszug

und 3. eine Feststellungsklage (dauer sehr lange) erforderlich.

Das Ausmaß eines Grundstückes bzw. dessen Bonität ist nur durch einen Grundbesitzbogen des Geodäsie-Amtes festzustellen. Es wird nach wie vor empfohlen, Besuchsfahrten in die Heimat dazu zu benützen, sich die Grundbuchsauszüge zu besorgen!

Eine besondere Nervosität hinsichtlich der Geltendmachung unserer Ansprüche ist nicht am Platze, weil längst noch nicht alle gesetzmäßigen Voraussetzungen dafür geschaffen sind (s. a. „Rückgabe von Vermögenswerten in der ČSFR zur Zeit nicht möglich“). Deswegen braucht man aber nicht mutlos zu sein, denn bei streng juristischer Betrachtungsweise und auch nach Meinung vieler ČSFR-Bürger wie auch der Auslandstschechen müssen hier gesetzliche Voraussetzungen geschaffen werden, wie sie im übrigen insgeheim und ohne gesetzliche Grundlage für ehemalige jüdische ČSFR-Bürger bereits gehandhabt werden!

Bekanntlich hat z. B. der ungarische Verfassungsgerichtshof — in der ČSFR gibt es noch keinen, weil es nicht einmal noch eine Verfassung gibt — eine Parlamentsvorlage bezüglich der Bodenprivatisierung zurückgewiesen, weil der Stichtag ebenfalls erst nach der kommunistischen Machtergreifung und nicht im Mai 1945 lag. Durch die Anerkennung der Menschenrechtskonvention beim Beitritt zum Europarat sind die Beneš-Dekrete des Jahres 1945 automatisch null und nichtig. Die Enteignung aus kollektiven bzw. rassistischen Gründen nicht möglich. Daher müssen diese Fragen auch vom ČSFR-Parlament in einer dem westlichen Standard entsprechenden juristischen Form eines Rechtsstaates geregelt werden. Daran führt kein Weg vorbei. Wir werden weiter berichten. RE

### Das Bild der Heimat



SPINDLERMÜHLE IM RIESENBERGEBIRGE

ES IST EIN SCHLAGWORT, aber man spürt eine neue Kraft dahinter. Immer öfter wird in der Politik und vor allem in der Wirtschaft von „Europa-Regionen“ gesprochen und es gibt schon eine Menge praktizierter Zusammenarbeit über staatliche Grenzen hinweg. Eine Zusammenarbeit, die auf der Überlegung basiert, daß es hinter den einst oft recht willkürlich nach geographischen oder nationalen Gegebenheiten gezogenen Staatsgrenzen schon seit Generationen eine schlagbaum-übergreifende Zusammenarbeit gibt, die aus Vernunftgründen gewachsen ist und die nationale Zwi- stigkeiten beiseite schiebt.

MAN DENKE NUR an das nun immer deutlicher werdende wirtschaftliche Zusammenrücken des Raumes Oberösterreich-Niederbayern und Südböhmen. Hier leben etwa 5 Millionen Menschen, die sich persönlich und inhaltlich seit Jahrzehnten, ja seit Jahrhunderten so nahe stehen, daß der Eisener Vorhang für sie eine geradezu unbegreifliche und aus einer üblen Politik entstandene Sperrlinie wurde, die Menschen und Besitz willkürlich trennte. Im oberösterreichischen Mühlviertel ertrug man mit erfreulicher Ruhe dieses plötzliche Abtöten alles Wirtschaftslebens durch den Eisernen Vorhang der ČSSR, während die wegen der Vertreibung der Sudetendeutschen verödeten Orte im böhmischen Grenzgebiet heute arg devastiert und wirtschaftlich wie tot sind. Dabei muß man nur einmal bei den Treffen der Menschen im Grenzland von Österreich und Südböhmen und Mähren erlebt haben, wie nun, da die Diktatur von einst weg ist, alte Freundschaften zwischen Bürgern beider Seiten wieder wach werden. Was durch Jahrzehnte unnatürlich einander fremd sein mußte, entdeckt wieder die Zusammengehörigkeit und freut sich.

ÄHNLICHE ENTWICKLUNGEN sind auch im Gebiet zwischen Kärnten und Jugoslawien zu beobachten oder im Grenzraum zwischen dem Burgenland und Westungarn. Da lebt eine Entwicklung auf, die in der Monarchie das Völkergemisch belebte. Das, was heute in Jugoslawien oder zwischen Tschechen und Slowaken unter dem modernen Schlagwort „Konföderation“ gehandelt wird, das gab es doch längst schon in der Monarchie. Nur redete man dort nicht davon, sondern es wurde „konföderativ“ gehandelt, sicherlich mit manchen rechtlichen und nationalen Problemen behaftet. Aber damals reagierte man eben mehr als heute auf Großräume. Es gab den Begriff der „Donaumonarchie“ und es wuchs das, wonach wir uns heute sehnen, nämlich der urtümlich entstandene Begriff von „Mitteleuropa“.

PARALLEL ZU DEM, was sich heute bei uns unter dem Motto der „Europa-Region“ entwickelt, gärt es in Oststaaten unter dem Signal der Verselbständigung von Ländern. Im benachbarten Jugoslawien brodeln es politisch gefährlich, seit Slowenen und Kroaten die Unabhängigkeit ihrer Republiken exekutiert haben und auch in der ČSFR wollen Tschechen und Slowaken eine neue gemeinsame Zukunft gestalten, indem man nach Autonomie drängt. Hier im Westen mag man da vieles nicht verstehen. Müßten die Menschen in der ČSFR nicht vorerst einmal glücklich sein, daß sie überhaupt vom Zwang der kommunistischen Diktatur befreit sind und unter Staatspräsident Vaclav Havel heute persönliche und politische Freiheiten genießen, von denen sie — und auch wir im Westen — noch vor gar nicht langer Zeit nicht zu träumen wagten? Was soll diese Hektik auf dem jetzigen Weg zur Abkapselung der Staaten vom Gesamtstaat?

DAHINTER STEHEN wohl besonders



## Wieder „Prager Tagblatt“

Das berühmte „Prager Tagblatt“ aus der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen soll wiedererstehen. Eine Gruppe erfahrener Journalisten arbeitet in Prag an einer neuen Konzeption dieses einst viel gelesenen Blattes, zu dessen Mitarbeitern Max Brod, Egon Erwin Kisch, Friedrich Torberg und Franz Werfel gehörten.

## Trachtenfestzug in Krems

Im Rahmen der Internationalen Volkskunstfestspiele, die alle zwei Jahre in Krems an der Donau in Niederösterreich stattfinden, wird am Sonntag, dem 1. September 1991, ein großer Trachtenfestzug mit über 100 Gruppen aus dem In- und Ausland, durchgeführt. Wir sind selbstverständlich mit unseren schmucken sudetendeutschen Trachten dabei! Alle Trachten-träger (und nur diese können teilnehmen — nicht mit Dirndl!) sind herzlich eingeladen, nach Krems zu kommen! Wir treffen einander um 13 Uhr in der Kasernstraße, um 14 Uhr beginnt der Festzug, mit anschl. Festakt im Kremser Stadion. Ab Wien wollen wir einen eigenen Autobus führen. Damit wir wissen, welchen Bus wir wählen müssen, ersuchen wir um dringende Bekanntgabe der Teilnahme an die Sudetendeutsche Landsmannschaft, Bundesgeschäftsstelle, Hegelgasse 19/4, 1010 Wien — Kennwort: Trachtenfestzug Krems! Wir werden einen kleinen Fahrtkostenbeitrag einheben. Sollte der Platz durch Trachtenräger nicht ausgenutzt werden, können auch Zuseher mitgenommen werden! Darüber hinaus machen wir schon jetzt alle Landsleute aus dem Raum Krems und Umgebung auf diesen Termin aufmerksam und ersuchen Sie, als Zuseher zu kommen!

## Neues Heimatbuch des Altvaterlands

Vor vier Jahren, 1987, ist das Heimatbuch „Freiwaldau-Gräfenberg. Die Kurstadt im Altvatergebirge und die Dörfer im oberen Bielethal“ erschienen. Nun bereitet die Heimatgruppe Freiwaldau-Bielethal (Altvater) die Herausgabe eines weiteren Heimatbuches vor: „Drei Dörfer im Altvaterland: Böhmischdorf, Sandhübel, Breitenfurt an der mittleren Biele“. Das Buch enthält Beiträge zur Landschaft und Geschichte der drei Orte, über Brauchtum, Einwohner, Kirche, Schule, Arbeitswelt, ferner Erzählungen und anderes, was als Erinnerungswert festgehalten zu werden verdient. Die Redaktion hat wieder, wie beim Freiwaldauer Heimatbuch, Dr. Rudolf Fochler (Freiwaldau/Linz a.d.D.), die Betreuung der Herausgabe Walter Klein, der 1. Vorsitzende der Heimatgruppe Freiwaldau-Bielethal in Kirchheim u. T. Das Heimatbuch mit 500 Seiten Umfang und 220 Abbildungen soll im Herbst 1991 mit etwa 500 Seiten Umfang und 200 Abbildungen erscheinen. Es hat, wenn es bis zum 1. November 1991 bestellt und bezahlt wird, einen ermäßigten Vorstellpreis von 64 DM zuzüglich 5 DM für Verpackungs- und Versandkosten: Konto „Heimatbuch“ Nr. 12 888 028 bei der Volksbank Kirchheim u. T. (BLZ 612 910 30). Die Vorauszahlung ermöglicht die Zwischenfinanzierung der hohen Druckkosten.

## Besuchsfahrt nach Budweis

Zu der beabsichtigten gemeinsamen Besuchsfahrt im September (17. — 19. 9. 1991) finden Sie die einschlägigen Angaben (Anmeldung bis 10. Juli 1991 bei Heinz Stegmann, Malchingerstr. 6c, 8080 Fürstenfeldbruck, Telefon 0 81 41/26 1 95) im Mai- und in der Juni-Folge unter der gleichen Rubrik. E. Kn.

# Die RZK-Landesbank Linz hat ein festes Standbein in Südböhmen geschaffen

Mit einem Festakt im südböhmischen Vorzeigeschloß Hluboka (Frauenberg) wurde Dienstag die erste oberösterreichische Bank in Südböhmen eröffnet. Sie wird Montag im Zentrum von Budweis als Repräsentanz der Raiffeisen-Landesbank (RZK-Bank) Linz unter der Leitung von Dipl.-Ing. Jan Vosecky ihre Tätigkeit beginnen.

Wie RZK-Generaldirektor Dr. Ludwig Scharinger vor einem hochrangigen Gästepublikum erklärte, sehe sich diese Repräsentanz



RZK-Generaldirektor Dr. Scharinger (rechts) und Direktor Dipl.-Ing. Vosecky.

als Ergänzung zu den bestehenden tschechischen Banken. Man wird Finanzierungsberatung bieten, ein erfahrenes Team unter Assistenz von Direktor-Stellvertreter Mag. Konrad Mayer der RZK-Landesbank wird den Kunden Förderungsmöglichkeiten (Bürges, Ost-West-Fonds, ERP) deutlich machen und vor allem werden österreichische Firmen Hilfe bei Kontakten und Partnersuche bekommen. Es gibt Rechtsberatung und Unterstützung bei Vertragsverhandlungen, wobei gerade die Mitwirkung speziell geschulter tschechischer Experten wichtig ist. Das Linzer IMAS-Institut unter Prof. Andreas Kirschhofer-Bozenhardt, das bereits stark in Böhmen aktiv ist, erstellt Marktrecherchen und Marktanalysen.

Die Bankoffensive der RZK-Landesbank in Budweis setzt die Aktivitäten in der neuen Europaregion Oberösterreich-Südböhmen-Bayern fort. Am 10. Juli wird die RZK-Landesbank eine Filiale in Passau eröffnen. „Ich schließe weitere Entwicklungen dieser Art nicht aus“, sagte Dr. Scharinger und verwies auf die wirtschaftliche Belebung dieses Raumes von 5 Millionen Menschen durch die Eröffnung des Rhein-Main-Donaukanals im September 1992.

In Vertretung von Landeshauptmann Dr. Ratzonböck begrüßte Landtagspräsidentin Johanna Preinstorfer diesen wirtschaftlichen und zwischenstaatlichen Aufschwung im Geiste

der Toleranz ebenso wie der Budweiser Bürgermeister Talir. Der Vizepräsident des Tschechischen Nationalrates Dr. Jiri Vlach teilte mit, daß im Parlament in Prag die Privatisierung von Betrieben und Unternehmen durch Gesetzesnovellen noch mehr beschleunigt wird, um ausländischem Kapital den Zugang zur ČSFR zu erleichtern und auf schnellstem Weg Südböhmen und die ČSFR dem westlichen Standard anzugleichen.

Schon jetzt begleitet die RZK-Landesbank mehr als 100 Klein- und Mittelbetriebe und etwa 30 oberösterreichische Großbetriebe bei ihren Investitionen und Aktivitäten in der ČSFR und in Südböhmen.

\*\*\*

*Bemerkenswert war, wie intensiv die Tschechen um eine Beschleunigung der Privatisierung bemüht sind. Vizepräsident Dr. Vlach demonstrierte dies an einem Beispiel. Man habe kürzlich eine Plenarsitzung des Parlaments unterbrochen, um eine wichtige Novelle zum Privatisierungsgesetz durchzusetzen. Innerhalb eines Tages und einer Nacht sei es zur Verabschiedung der Novelle gekommen, sagte Dr. Vlach. Die Auswirkung: Nun gehe die Privatisierung noch flotter vor sich.*

*Bei einer Pressekonferenz in Hluboka gab man zu, daß die Frage der Grundbucheintragen für die perfekte Privatisierung als Problem angesehen werde. Aber man wolle sich nach bestem Gewissen um eine korrekte Lösung bemühen, sagt Vizepräsident Vlach und verwies auf „Fristen“, die zur Anmeldung von Eigentumsrechten gesetzt worden seien. Wann diese Fristen ablaufen und wo sie zu erfahren sind, war leider nicht zu ermitteln. Man kann nur hoffen, daß es da zu keinen Nacht- und Nebel-Aktionen kommt, die später für Unruhe sorgen.*

*Sieht man die Sache positiv, dann muß man feststellen, daß die ČSFR um westliches Kapital bemüht ist und Investitionen gerne unterstützt. Weit geschickter als die UdSSR ist die ČSFR engagiert, mit westlicher Kapitalhilfe eine möglichst rasche Erholung der Wirtschaft zu erreichen. Man will die wahren Eigentumsverhältnisse rasch klären, damit ausländische Anleger unbesorgt und konkret verhandeln können. Dies ist dann die gute Basis für das kräftige Engagement der RZK-Landesbank Linz und anderer Geldinstitute in der ČSFR als Mittler zwischen West und Ost.* W. Sp.

## Wie den Ländern Osteuropas helfen?

Umweltkonferenz für einen „Ehrenkodex“ der Industrie

Der deutsche Bundesumweltminister Töpfer hat im tschechischen Dobříš zu einer gesamt-europäischen Umwelt- und Energiepolitik aufgerufen, die den wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß der Reformländer in der Mitte und im Osten Europas fördern und zugleich die natürlichen Lebensgrundlagen besser schützen soll. Bei der zweiten europäischen Umweltministerkonferenz sagte Töpfer, man müsse weg von den Einzelprojekten und hin zu einer Gesamtstrategie, einem „Umweltentwicklungsprogramm“, kommen. An der drei Tage dauernden Konferenz, die sich mit der katastrophalen Umweltverschmutzung in der Mitte und im Osten Europas befaßte, nahmen die Umweltminister fast aller europäischen Staaten sowie Japans, Kanadas und der Vereinigten Staaten teil.

Töpfer äußerte, die Konferenz sollte nicht den Eindruck erwecken, daß die Schwierigkeiten allein mit umweltorientierten Finanzierungsprogrammen gelöst werden könnten. Im Osten fehle es vor allem an einer leistungsfähigen Umweltverwaltung, welche die vorhandenen Schäden feststellen, Lösungsmöglichkeiten aufzeigen und neue gesetzliche Vorgaben vorschlagen könnte. Der Minister regte deshalb den Austausch von Beamten und Studenten an, um die Reformländer mit „Umweltadministration“ und umweltschonender Technik vertraut zu machen. Töpfer widerriet dem Ansinnen, „schmutzige“ Industrien nach Osten abzuschieben, weil man dort auf westliche Hilfe angewiesen sei. Es sei wünschenswert, daß sich die westliche Industrie an einen „Ehrenkodex“ halte, der die Entstehung von „Umweltbilgländern“ verhindere. Auch müßten flankierende gesetzliche Maßnahmen geschaffen werden.

Den Vorschlag des tschechoslowakischen Umweltministers Vavroušek, einen „Rat der europäischen Umweltminister“ zu institutionalisieren, nahm der deutsche Umweltminister wie die Mehrheit seiner Kollegen zurückhaltend auf. Nützlich seien Kommissionen, die an konkreten, regionalen Projekten wie etwa der

Sanierung der Elbe, der Oder, der Donau oder etwa des „schmutzigen Dreiecks“ zwischen Polen, der Tschechoslowakei und der Bundesrepublik arbeiteten. Töpfer sprach sich dafür aus, daß die von der Europäischen Gemeinschaft (EG) errichtete Europäische Umwelt-Agentur von Anfang an für „ganz Europa“ offen sein solle. „Daneben brauchen wir keine zweite Großorganisation.“

Mehr Zustimmung bei den Teilnehmern fand die zweite Anregung Vavroušeks, eine „Welt-Umweltorganisation“ im Rahmen der Vereinten Nationen (UN) zu errichten. Diese Organisation, argumentierte Vavroušek, könne als „vierter Pfeiler“ die sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Funktionen der UN ergänzen.

Die Sicherheit von Atomkraftwerken im früheren Ostblock kann nach Töpfers Ansicht nur durch multilaterale Anstrengungen entscheidend verbessert werden. Von dem in Greifswald stillgelegten Reaktortyp gebe es im Osten Europas noch 14 in Betrieb befindliche. Es sei schwer, die Regierungen zur Stilllegung zu veranlassen. Ein „massives“ Nachrüstprogramm für diese Kraftwerke könne aber nicht allein von der Bundesrepublik getragen werden. Der Minister äußerte die Erwartung, daß die von Paris und Bonn ergriffene Initiative zur Erhöhung der Reaktorsicherheit in Mittel- und Osteuropa auch auf dem bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfel in London zur Sprache kommen werde.

## Sommerfest in Wels

Eine Veranstaltung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Bez.-Gruppe Wels, ist das große Sommerfest am 7. Juli mit Tombola im Gasthof Bauer, 4600 Wels, Salzburger Straße 145, bei jeder Witterung. Beginn: 14 Uhr. Kommen auch Sie zu diesem Nachmittag und verbringen Sie einige Stunden — fröhlich und gemütlich — im Kreise von Landsleuten und Freunden.

MÄHRISCH-SCHLESISCHES  
HEIMATMUSEUM

A-3400 KLOSTERNEUBURG • SCHIESSSTATTGASSE 2



800 JAHRE

GRENZLANDSCHICKSAL

ZUR GESCHICHTE DES TROPFAUER  
UND BIELITZER LANDES

Sonderausstellung: Verlängert bis  
Ende September 1991

Dienstag 10-16 Uhr, Samstag 14-17 Uhr  
Sonn- und Feiertag 10-13 Uhr  
Auskunft: Tel. 0 22 42/52 03

## 42. Großtreffen des Verbandes der Böhmerwälder Oberösterreich

SAMSTAG, 3. August 1991:

10 Uhr: Eröffnung der Ausstellung im Ursulinenhof Linz  
15 Uhr: Gedenkfeier mit Kranzniederlegung beim Stifterdenkmal auf der Promenade vor dem Landhaus  
16 Uhr: Festveranstaltung im Ursulinenhof:  
Festredner: LH-Stv. Dr. Karl Eckmayr, Prof. Dr. Rudolf Fochler  
20 Uhr: Heimatabend im Kaufm. Vereinshaus, Linz-Landstraße.

SONNTAG, 4. August 1991:

10 Uhr: Festmesse in der Ursulinenkirche, Landstraße.  
Zebrant: KSR Dir. Kindermann.  
Als Co-Zebranten sind unsere Heimatpriester herzlich eingeladen.

Anschließend: Treffen im Klosterhof, Landstraße

Alle Heimatgruppen mit ihren Fahnen sind herzlich zum Treffen eingeladen.

Liebe Landsleute! Wir freuen uns auf Ihren Besuch an den beiden Festtagen! Verbringen Sie schöne Stunden in Linz, in der Nähe unserer alten Heimat!













## Richtungsweisender Vorschlag

Der freiheitliche Volksgruppensprecher Dr. Ofner bietet eine praktikable Lösung der Eigentumsansprüche der Sudetendeutschen gegenüber dem tschechischen Staat an. Da bis heute die Namen der sudetendeutschen Eigentümer des von den Tschechen beschlagnahmten sudetendeutschen Eigentums in den Grundbüchern stehen, die derzeitigen Inhaber aber lediglich über Zuweisungen verfügen, konnte man den Altösterreichern dieses entschädigungslos enteignete Vermögen ohne viel Aufhebens zurückgeben. Dies würde dem tschechischen Staat kaum etwas kosten, die derzeitigen Benutzer konnten Mieter, Pächter oder Nutzungsberechtigte bleiben und hätten lediglich ihre Mietgebühren an die ehemaligen und nunmehr anerkannten Besitzer zu überweisen. Dies wäre eine bescheidene Form der Wiedergutmachung, die bestimmt Anklang fände. In Verbindung mit dem Widerruf der Vertreibungsdekrete könnte dies ein gewaltiger Schritt in Richtung der so oft zitierten Versöhnung auf dem Weg in eine gemeinsame europäische Zukunft sein. Voraussetzung wäre freilich, daß man sich tschechischerseits dazu bekennen würde, daß 1945 unrechtmäßig enteignet wurde. Schließlich hatte man auch moralisch keinen Grund, die Deutschen in der CSR allein für den Krieg Hitlers verantwortlich zu machen, nur weil man sie bei der Hand hatte.

Dr. F. Prachner, Krems

## Versäumnisse unsererseits

Die sanfte Revolution in der ČSFR hat Dinge wieder ins Bewußtsein gerückt, die das verflissene Regime unter den Teppich gekehrt hat. Man konnte von der KPC nicht erwarten, daß sie anders gehandelt hat, denn wer sägt schon gerne den Ast ab, auf welchem er sitzt. Wir Vertriebenen müssen uns freilich selber fragen, ob wir diese Dinge ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt haben, denn gegenwärtig spielt die KPC noch immer mit Erfolg auf dem Klavier antideutscher Ressentiments. Wer hat sich indes mit ihren „Metamorphosen“ (Verwandlungen) in der Nationalitätenfrage befaßt? Wir wissen, daß die Weimarer Republik und das restliche Österreich nach dem ersten Weltkrieg in der Frage der deutschbesiedelten Randgebiete Böhmens, Mährens und Schlesiens auf dem Selbstbestimmungsrecht bestanden. Die spätere Entwicklung ließ diese Bestrebungen nicht zum Zuge kommen. Die aktivistischen Parteien der ČSFR wollten die Frage der deutschen Volksgruppe im Rahmen des tschechoslowakischen Staates lösen. Wer legte sich hier quer, u. a. auch die KPC — oder gerade die KPC?

Im Jahre 1931 erklärte einer ihrer Funktionäre, der spätere Informationsminister Kopecky, folgendes: „Wir tschechischen Kommunisten erklären, daß wir das Selbstbestimmungsrecht bis zur Lostrennung der vom tschechischen Imperialismus unterdrückten Teile des deutschen Volkes bis zur letzten Konsequenz wahren und durchsetzen werden. Wir erklären weiter, daß wir in gleicher Entschlossenheit das Recht schützen und durchsetzen werden, alle Teile des deutschen Volkes in einem Staat zu vereinigen.“ Kommentar sehr „anschlußfreudig“.

Eine Lösung der sudetendeutschen Frage im Rahmen der ČSFR war damals ein „bürgerlich sozialfaschistischer Betrug mit der Losung der Kulturautonomie“, die „Sozialfaschisten“ waren die sudetendeutschen Sozialdemokraten, weshalb der „Antifaschismus“ eine etwas ambivalente Sache darstellt. Während des Hitler-Stalin-Paktes spielte die KPC tschechische Patrioten dem SD und der Gestapo in die Hände. Gegen Kriegsende und nach dem Krieg nahm die KPC das „Verdienst“ in Anspruch, die Hauptinitiative bei der Vertreibung in die Hand genommen zu haben. Während Beneš einige vordringende Gebiete an das Deutsche Reich abtreten wollte, so war es die KPC, die die staatliche Integrität der CSR vertei-

digte, daß keineswegs der Boden mit den Sudetendeutschen abgetreten werde, sondern daß die Sudetendeutschen abgeschoben werden müssen. Dies betonte Kopecky in der tschechischen Nationalversammlung 1947. Plötzlich „empörten“ sich die bürgerlichen Vertreibungsstrategen darüber, daß die KPC nicht immer so eindeutige slawische Vorstellungen hatte wie „heute“, d. h. 1947, so der Volkspartei-abgeordnete Dr. Ivo Ducháček. 1948 brachte die Klärung, wußte weiland Dr. Eduard Beneš nichts über die Mächenschaften und Widersprüche der KPC? Freilich, wem aus unseren eigenen Reihen sind diese Tatsachen wirklich bewußt? Gewiß ist Wenzel Jaksch auf diese Dinge in „Europas Weg nach Potsdam“ eingegangen. Vieles davon hat Verfasser dieses Überblickes aus der „Dokumentensammlung zur Sudetenfrage, herausgegeben von der sudetendeutschen Jugend 1961, abgeschrieben, aber es gibt Politiker in unseren Reihen, die bis zu ihrem Lebensende zu diesen Dingen keine Sterbenssilbe verlauteten. So steuerte Hans Schütz zur Festschrift für Weihbischof Kindermann 1968 einen Beitrag

Leserbriefe stellen grundsätzlich persönliche Meinungen dar und müssen nicht der Meinung der Redaktion, des Herausgebers oder der SLÖ entsprechen.

über den sudetendeutschen Aktivismus bei. Er gab eine interessante Anatomie über das Innenleben sämtlicher Sudetendeutscher und tschechischer Parteien, aber die KPC kam darin nicht vor. Was wundert's, wenn uns ständig der Ruf „Heim ins Reich“ unter die Nase gerieben wird, während schon vorher die KPC lautstark das „Recht auf Selbstbestimmung bis zur Lostrennung“ gefordert hat. Törichte Landsleute machen der Weimarer Republik und Österreich den Vorwurf, daß sie sich nicht um die Sudetenfrage gekümmert haben, was einfach nicht stimmt. Das ständestaatliche Österreich hat sich gleichfalls der sudetendeutschen Frage angenommen. Wenn der Aberglauben über das „Erstgeburtsrecht“ weiland Adolf Hitlers weiter wuchert, so haben wir dies auch unserer eigenen Saumseligkeit und Ignoranz zuzuschreiben, die mitunter gefährlicher ist als die Bosheit unserer Gegner. Ludwig Schlögl

## Wovon die Pfingsttreffen der Vertriebenen leben

Gerade vom Sudetendeutschen Tag in Nürnberg zurückgekehrt, lese ich mit Interesse den Bericht der F. A. Z. vom 21. Mai, Seite 1: „Bonn will Sudetendeutsche an Vertragsverhandlungen beteiligen“. Ich komme auch der Aufforderung nach, Fortsetzung Seite 2, siehe auch Seite 3 zu beachten, und fühle mich zunächst gut informiert.

Aber — diese Lektüre und erst recht meine Teilnahme an diesem Pfingsttreffen der Vertriebenen hätte ich mir sparen können nach dem Weiterblättern bis Seite 12. Denn da wird mir dann endlich der Schleier von den Augen gerissen und unter der Überschrift „Vergangenheit“ mit wenigen, präzisen Einsichten erklärt, wovon die Pfingsttreffen der Vertriebenen leben: Man muß nämlich Gebietsverluste und Vertreibung einfach gleichsetzen und Politikerreden, die Hoffnung auf Rückkehr nähren, hinzutun, und schon liegt das seltsame Phänomen Vertriebenenentwurf klar und deutlich seziert da.

Allerdings — weit gefehlt! Einst und auch heute noch treffen sich Vertriebene (die Sudetendeutschen heuer schon zum

## Tribüne der Meinungen

42. Mal, und noch ist kein Ende in Sicht), weil sie nicht nur aus ihrer Heimat vertrieben, sondern auch von ihren Familienangehörigen, Freunden und Bekannten, den Mitbewohnern ihrer Städte und Dörfer getrennt wurden.

Und das dürfte doch verständlich sein, daß die Menschen beinahe von überall her in Deutschland und weit darüber hinaus zusammenkommen, um sich zu begegnen. Ich habe viel Sympathie für sie, weil ich spüren kann, wie notwendig für die eigene Integrität die Identität mit ihrer Volksgruppe ist, und wo sollte die anders stattfinden? Von daher sollte man den Vertriebenenverbänden danken, daß sie dieses ermöglichen.

Was die „Politikerreden“ allerdings angeht, wird deutlich, daß die große Gruppe der nach ihrem Herkommen sehr unterschiedenen Vertriebenen kaum eine politische Lobby hat, sehr im Gegensatz zu den Verhältnissen in Japan, wie in dieser Zeitung unlängst zu lesen war. Es ist ein Problem jener Politiker und ihrer Politik. Denn was ist von einer Politik zu halten, die Abstand nimmt von Rechtsstandpunkten und Gerechtigkeitsargumenten zugunsten sogenannter realistischer Konzepte, die durchsetzbar seien?

Woher denn beziehen dann wohl anderslautende gültige Verträge und Gerichtsurteile ihre Gültigkeit und auch Dauer? Doch nicht etwa daher, weil sie anderslautend sind? Armes Deutschland, aber auch arme deutsche Nachbarn! Könnte es sein, daß sie uns einer solchen Sicht von Politik wegen so schwer trauen können? Da scheinen mir doch schon die Konzepte der Vertriebenen, in ihrer Charta schon 1950 niedergelegt, weit geeigneter als Fundament für versöhnungsgerechten Ausgleich und Frieden.

In einem Punkt aber fühle ich mich gut verstanden: Verletztes Gerechtigkeitsempfinden schmerzt noch weiter. Das hängt damit zusammen, daß ein für den Menschen höchst wichtiges Organ wie jenes Gerechtigkeitsempfinden, das auch dafür sorgt, auch dem anderen das ihm Zustehende zu geben, so einfach abgetan wird: Laß schmerzen! Ich halte es da mit Kant: „Das größte und mehrste Elend der Menschen beruht mehr auf dem Unrecht der Menschen als auf dem Unglück.“

Mancher Volkstrauertag hat mich gelehrt, daß auch unsere Gefallenen aus dem Denken vieler vertrieben sind. Daß allerdings die Vertriebenen, was ihren Rechtsanspruch angeht, den Kriegstoten gleich seien, ist die letzte Einsicht, die ich jenem taktvollen Beitrag verdanke.

Weihbischof Gerhard Pieschl, Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für Flüchtlings- und Vertriebeneneseelsorge, Limburg  
Aus der „Frankfurter Allgemeinen“

## Mut zur Wahrheit und Recht

Dieser Satz war der Leitspruch des diesjährigen Sudetendeutschen Tages in Nürnberg. In der Ausgabe der Sudetenpost, welche dort auflag, sind mir zwei Beiträge aufgefallen, die deutlich machen, wie wichtig diese Richtschnur für uns in der Zukunft ist, wenn eine dauerhafte Aussöhnung der beiden Völker stattfinden soll.

In dem Brief von Frau Dr. Jolande Zellner werden die beiden Männer, welche das Attentat auf den Reichsprotector Heydrich durchführten, schlechthin als Mordgesellen bezeichnet. Eine für mich mehr als peinliche Entgleisung! Hierzu die folgende Feststellung: R. Heydrich war als der Chef des Reichssicherheitshauptamtes einer der großen Massenmörder dieses Jahrhunderts. Er war es, der im Jänner 1942 die berühmte Wannseekonferenz einberief, auf welcher die Ermordung der sechs Millionen jüdischen Bürger in Europa beschlossen und geplant wurde. Vor-

her organisierte er die Mordorgien der Einsatzkommandos im Osten und war verantwortlich für den Tod von Zigtausenden von Menschen in den Nazikoncentrationslagern. R. Heydrich war einer der übelsten Schergen von Hitler, ähnlich wie Beria bei Stalin und, wenn auch im Westentaschenformat, Mielke bei Honecker. Von den Männern, die halfen, diese Bestie zu beseitigen, von Mordgesellen zu sprechen, zeigt, daß auch akademisch gebildete Leute noch immer nicht den Mut haben, die Wahrheit zur Kenntnis zu nehmen.

Während in Deutschland und Österreich im Volk mit großer Mehrheit jetzt doch die Erkenntnis vorherrscht, daß Hitler und seine Schergen eine der größten Verbrecherbanden der Weltgeschichte war und durch sie ein hochzivilisiertes Volk in die Barbarei zurückfiel und sie dabei Opferbereitschaft, Vaterlandsliebe und Volkstumbekennnis ungeheuer diskreditierten, scheint in der ČSFR bislang nur sehr langsam und zögernd die Erkenntnis Platz zu greifen, daß die Vertreibung der Sudetendeutschen und die Beschlagnahme ihres Eigentums eine Schandtat war, die sich in ihrer Geisteshaltung von jener der Nazis nur wenig unterschied. Auch hier gab es unmenschlichen Terror. In dem Aufsatz „Kein Ziegel gehört den Deutschen“ stellt sich Herr Jiri Stepanek in seiner Gesinnung auf die gleiche Stufe mit den österreichischen und deutschen Nazis. Diese Tat dann auch noch mit seinem Nationalstolz zu rechtfertigen, ist wohl der Gipfel einer Mischung aus historischer Unkenntnis sowie enthemmten, dummen und fehlgeleiteten Nationalismus. Hier bedarf es wirklich noch sehr viel Mut zur Wahrheit bei den Tschechen, denn auch die Sudetendeutschen mit 3,5 Millionen Vertriebenen und 250.000 Toten haben Anspruch auf Gerechtigkeit vor der Geschichte.

Dr. Heimo Scherz, Seliger Gemeinde (Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten München)

## Wer war Rudolf Jenne?

Rudolf Jenne wird in historischen Arbeiten, die Urkunden aus dem Mittelalter betreffen oder verwenden, häufig zitiert. Und doch ist er fast unbekannt. Selbst im Liechtenstein-Archiv sind (mit Ausnahme der Todesanzeige) keine Nachrichten über ihn vorhanden. Um es kurz zu sagen: Rudolf Jenne war Sudetendeutscher. Er wurde am 23. 12. 1858 in Oberplan Nr. 2, im Geburtsort Adalbert Stiflers, geboren und entstammte einer Lehrerfamilie. Sein Vater war Franz Jenne, Oberlehrer, seine Mutter ehel. Tochter eines Franz Stifter, Bürgers und Fleischers in Oberplan Nr. 68 und einer Marie Elisabeth Janda aus Melm (tschechisch Jelm) Nr. 14, Bezirk Krumm. Jenne hatte zwei in Oberplan Nr. 2 geborene Brüder: Franz (1854) und Karl (1856). Adalbert Stifter soll zum Großvater Jennes zur Schule gegangen sein. Nach dem Studium in Kremsmünster trat Rudolf Jenne mit 25 Jahren in die Dienste des Hauses Liechtenstein, und zwar im Schloß Frauenthal bei Deutschlandsberg in Österreich, wo er 48 Jahre als Erzieher, Lehrer und Sekretär tätig war. Er soll wiederholt in Südmähren (Eisgrub, Feldsberg) zur Jagd gewesen sein. Als fürstlich Liechtenstein'scher Rat starb er am 17. April 1931 in Deutschlandsberg. Ob er dort Familie hatte, ist nicht bekannt, vielleicht nicht, weil die Todesanzeige von der Prinzessin Henriette von und zu Liechtenstein herausgegeben wurde. Rudolf Jenne hat um das Jahr 1910 Dokumente aus dem Liechtenstein-Archiv für die Historiker leichter zugänglich gemacht. Er gab diese Dokumentausgaben, die heute nur in wenigen großen Bibliotheken vorhanden sind, unter dem Titel DOCUMENTA LIECHTENSTEINIANA cura Alfredi Principis a Liechtenstein; Herrn Wolfgang Liechtenstein von Nicolsburg versigt Register; kurze Schildung geschichtlicher Ereignisse, fürstliche Schlösser betreffend u. a. heraus. Rudolf Jenne hat sich um das geschichtliche Schrifttum der Sudetendeutschen verdient gemacht.

Dr. R. Hofmann, München









## Das aktuelle Thema

Zur Lösung offener Fragen mit der ČSFR vorgeschlagen:

# Gemischte Kommission von Sudetendeutschen und von Tschechen

In einem Schreiben hat sich der Sprecher der Sudetendeutschen, Franz Neubauer, an den Ministerpräsidenten der Tschechischen Republik Dr. Petr Pithart gewandt und ihm die Bildung einer gemischten tschechisch-sudetendeutschen Kommission vorgeschlagen, innerhalb derer die offenen Fragen im Verhältnis zwischen Tschechen und Sudetendeutschen sowie denkbare Lösungsmöglichkeiten erörtert werden sollten.

Neubauer bedankt sich in seinem Schreiben für die guten Wünsche des tschechischen Premiers zum Sudetendeutschen Tag und stellt fest, daß die Teilnahme einer offiziellen Delegation des Tschechischen Nationalrates und das Grußwort ihres Leiters bei der Hauptkundgebung von den Teilnehmern des Sudetendeutschen Tages „mit großer Zustimmung zur Kenntnis genommen worden sind“. Man habe darin „ein ermutigendes Zeichen für eine weitere positive Entwicklung“ gesehen.

In einer rückblickenden Wertung des Zusammenlebens von Tschechen und Sudetendeutschen bezeichnete es Neubauer als „tragisch“, daß sich die „Gründerväter der ersten Republik zwar der Zustimmung der rund 2 Millionen Slowaken zu einem gemeinsamen Staat versicherten“, die dreieinhalb Millionen Deutschen des vorgesehenen Staatsgebietes „jedoch nicht in die gemeinsamen Überlegungen einbezogen wurden“. „Die Besetzung der deutschen Siedlungsgebiete Böhmens und Mährens-Schlesiens durch tschechisches Militär, die Einbeziehung in den neuen Staat ohne demokratische Volksabstimmung und die Schüsse des 4. März 1919 auf waffenlose Zivilisten mit 54 Todesopfern ließen ein tiefes Trauma bei den Sudetendeutschen entstehen“, heißt es in dem Schreiben an Pithart.

In Hinwendung zur Gegenwart stellt der Sprecher dann fest: „Heute nun, da die jahrzehntelange kommunistische Diktatur in Böhmen und Mähren/Schlesien einer demokratischen Entwicklung gewichen ist, bin ich der Auffassung, daß uns als den politischen Repräsentanten der beiden traditionellen Völker des böhmisch-mährischen Raumes die Aufgabe übertragen ist, nicht nach tagespolitischen Nützlichkeits-Erwägungen zu handeln, sondern mit der Weitsicht und in Verantwortung sowohl vor der Geschichte wie vor der Zukunft von Land und Menschen die Vergangenheit zu bereinigen und einen neuen Anfang zu finden.“

Neubauer betont in seinem Schreiben erneut, daß „wir Deutschen aus Böhmen und Mähren/Schlesien nichts Unmögliches erwarten und verlangen, und auch nichts, was dem Lande schaden würde“. Aber „allein mit dem Ausdruck des Bedauerns über alles Geschehene hinwegzugehen und selbst den kleinsten Schritt zum konkreten Ausgleich abzulehnen, hieße, das Prinzip von Gewalt und Unrecht zu legalisieren und zum zulässigen Mittel im Umgang zwischen Menschen und Völkern zu machen“.

Nunmehr jedoch gäbe es die „konkrete Chance“, diesen „Teufelskreis“ zu durchbrechen, indem man gemeinsam eine Formel für Ausgleich und Neuanfang fände, der Tschechen und Sudetendeutsche gleichermaßen zustimmen könnten.

Neubauer formuliert dann die Vorstellungen hierzu:

- Die Einheit der böhmischen Länder wird nicht in Frage gestellt
- Wer als Sudetendeutscher in seiner Heimat leben will, soll dies „frei und ungehindert als gleichberechtigter Bürger“ tun können
- Sicherung der kulturellen Eigenart „der Völker des böhmischen Raumes“, und damit auch der Deutschen
- Anerkennung des Rechtes, in diesem Lande zu leben, auch „für die Deutschen aus diesem Lande und ihre Nachkommen“ als „originäres Heimatrecht“ und nicht abgeleitet aus staatlichen Erlaubnisakten
- Gewährleistung privaten Eigentums: „Die

Enteignungen von 1938, 1939 ff. und 1945 ff. waren ebenso wie die ab dem Februar 1948 ein unrechtmäßiger Zugriff staatlicher Instanzen auf privates Eigentum. Wo dies möglich ist und von den Betroffenen gewünscht wird, sollten diese Enteignungen rückgängig gemacht werden. Allerdings sollen dadurch im guten Glauben neu erworbene Eigentumsansprüche Dritter nicht

angetastet, ebensowenig inzwischen erfolgte öffentliche Nutzung in Frage gestellt werden. Zurückgebliebenes Eigentum soll so genutzt werden, daß es dem Aufbau des Landes dienlich ist.“

Nach dem Vorschlag, eine gemischte tschechisch-sudetendeutsche Kommission zur Erörterung dieser Fragen und denkbarer Lösungsmöglichkeiten zu bilden, stellt der Sprecher der

Sudetendeutschen abschließend fest: „Es ist meine feste Überzeugung, daß wir gemeinsam alles daransetzen sollten, die Vergangenheit so zu überwinden, daß auf keiner Seite Bitterkeit und das Gefühl zurückbleiben, Opfer zu sein, ohne selbst je persönlich schuldig geworden zu sein. Die Gestaltung der Zukunft liegt jetzt auch mit in unserer Hand. Aus dieser Verantwortung heraus wende ich mich an Sie.“

Prof. Dr. Felix Ermacora in einem Interview:

## Das konfiszierte Vermögen ist nach der Regel des allgemeinen Völkerrechts entschädigungspflichtig

*Frage: Gegenwärtig ist noch völlig offen, ob und inwieweit im geplanten deutsch-tschechoslowakischen Vertrag die sudetendeutsche Frage mit behandelt wird. Was ist, wenn in diesem Vertrag insbesondere über die Frage des privaten sudetendeutschen Vermögens in der ČSFR kein Wort verloren wird?*

**Ermacora:** Dann muß man auf das allgemeine Völkerrecht zurückgreifen. Dieses stellt Regeln für die Konfiskation von Eigentum und für Entschädigungen auf. Das Völkerrecht verlangt ein Verfahren, durch das die Betroffenen vor Gericht ihre Ansprüche geltend machen können. Wird ein solches Verfahren nicht eingerichtet, muß man einen internationalen Weg suchen.

*Frage: Für den Fall, daß die deutsche Bundesregierung die sudetendeutschen Ansprüche nicht vertritt, ist dann schon hierdurch den Sudetendeutschen der Weg zu den deutschen Gerichten eröffnet?*

**Ermacora:** Ich glaube, daß man diese These verfechten muß. Die Regel des allgemeinen Völkerrechts besagt, daß konfisziertes Vermögen entschädigungspflichtig ist. Daraus folgt, daß der konfiszierende Staat ein entsprechendes Verfahren zur Verfügung stellt. Wenn dies die Tschechoslowakei nicht tut, muß die Bun-

desrepublik Deutschland als Schutzmacht der Staatsbürger ein solches Verfahren einrichten.

*Frage: Müßte nicht im Hinblick auf das bilaterale Verhältnis Deutschland-Tschechoslowakei gegebenenfalls eine übergeordnete bzw. überparteiische Instanz angerufen werden, etwa der Europarat?*

**Ermacora:** Optimal wäre es natürlich, wenn man eine Vereinbarung wie mit dem österreichisch-tschechischen Entschädigungsvertrag trafe. Gemäß dieses Vertrages hatte die Tschechoslowakei an Österreich eine Milliarde Schilling für die Konfiskation von Vermögen österreichischer Staatsbürger zu zahlen. Österreich hatte dann diese Milliarde Schilling — der Betrag war freilich eine Bagatelle — innerstaatlich auf die Anspruchsberechtigten zu verteilen. Falls man eine solche Vereinbarung nicht treffen kann, scheint mir nur der Weg vor die europäischen Instanzen möglich. Wobei die Europäische Menschenrechtskonvention in Artikel I, 1. Zusatzprotokoll, ja einen Eigentumsschutz anerkennt, der auch eine Entschädigung bei Konfiskationen mitbeinhaltet.

*Frage: In der politischen Diskussion wurde bislang die Frage möglicher Reparationsforderungen so behandelt, als könnten diese mit dem privaten sudetendeutschen Vermögen aufgerechnet werden?*

**Ermacora:** Die Grundregel lautet, daß Vermögensentschädigungen von Privaten nicht auf Reparationen zwischen Staaten aufgerechnet werden können.

*Frage: In unserer Presse und auch auf tschechoslowakischer Seite wurde behauptet, daß Reparationsforderungen der ČSFR höher sein könnten als die Vermögensverluste der Sudetendeutschen. Können Sie sich dies vorstellen?*

**Ermacora:** Ich kann mir das deshalb nicht vorstellen, weil die Vermögensverluste der Tschechoslowakei zum Teil sicherlich schon durch das konfiszierte Vermögen des Deutschen Reiches und der NSDAP abgegolten sind. Das Eigentum des Deutschen Reiches — sowohl das im ehemaligen sogenannten Protektorat gelegene Eigentum, als auch das in den Sudetenländern gelegene Eigentum — wurde ja anstandslos konfisziert und von den Deutschen überhaupt nicht reklamiert. Wie hoch diese Vermögenswerte waren, weiß ich nicht. Ich könnte mir aber vorstellen, daß es sich um ein erhebliches Vermögen handelte. Daher glaube ich, daß eine solche Aufrechnung nicht stimmt. In der Politik allerdings ist alles möglich.

*Frage: Wenn eine Entschädigung für das verlorene private sudetendeutsche Vermögen eintritt, dann scheint aber auch rechtlich und moralisch eine Wiedergutmachung für diejenigen tschechischen und slowakischen Staatsbürger angebracht, die durch Deutsche in der Folge der Errichtung des Protektorates, durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen, und durch den Krieg geschädigt wurden?*

**Ermacora:** Dies müßte zweifellos so geschehen.

*Frage: Halten Sie eine Regelung über beiderseitige Ansprüche heute noch für praktisch durchführbar?*

**Ermacora:** Ich halte das für durchaus denkbar, auch wenn es eine ungemein komplizierte Angelegenheit ist. Wenn es dem tschechoslowakischen Parlament gelang, für so komplizierte vermögensrechtliche Probleme wie die Rückgabe von durch Kommunisten nationalisiertes Eigentum eine Lösung zu finden, dann muß es auch hier möglich sein, beiderseits eine Regelung zu treffen. Ich meine nicht, daß die Technik ein endgültiges Hindernis wäre.

*Frage: Eine letzte Frage zum Minderheitenschutz: Gibt es inzwischen eine völkerrechtlich verbindliche Vereinbarung, wonach Minderheiten eine finanzielle Unterstützung, eine Dotierung, gewährt werden muß?*

**Ermacora:** Wir hatten nach dem Ersten Weltkrieg solche Konstruktionen, wo davon die Rede war, daß eine anteilmäßige Dotierung von Kulturbudgets den Minderheiten gegeben werden muß. Aber es gibt derzeit nach meinem Wissen keine allgemein gültige positivrechtliche Regelung, die das festlegt.

\*

Das Interview mit Professor Ermacora führte Michael Leh für die „Sudetendeutsche Zeitung“

## Gab es Tschechen in der deutschen Wehrmacht?

Im Jänner d. J. erschien in einem Beitrag des Münchner Berichterstatters der „Süddeutschen Zeitung“ die Nachricht, daß 30.000 Tschechen als Angehörige der Deutschen Wehrmacht im Fronteinsatz gefallen seien. Eine Quelle dafür wurde nicht angegeben. Es

Von Toni Herget

war dies das erstmalig, daß eine derartige Mitteilung auftauchte.

Bisher war weder in tschechischen Zeitungen noch z. B. im Standardwerk über den tschechischen Widerstand „Český antifasismus a odboj“ darüber etwas zu lesen. Auch in einer Zusammenfassung über den Einsatz von Tschechen und Slowaken auf seiten der Alliierten während des Zweiten Weltkrieges im Oktober 1980 in der „Tvorba“, Prag, gab es über den Einsatz von Tschechen noch keinen Hinweis.

Es ist jedoch bekannt, daß der Präsident des Protektorats Böhmen und Mähren, Emil Hácha, mehrfach an K. H. Frank mit der Anregung kam, Tschechen beim Kampf gegen den Kommunismus an der Ostfront einzusetzen. Derartige Gespräche wurden z. B. sowohl im April 1942 wie im Jänner 1943 geführt. Hitler lehnte damals ab. Er schätzte die Tschechen jedoch als ausgezeichnete Rüstungsarbeiter.

In seinem „Tischgespräch“ vom 20. 5. 1942 sagte Hitler: „Man könne die Tschechen schon jetzt zu fanatischen Anhängern des Reiches machen, wenn man ihnen als Feinschmecker doppelte Essensrationen gebe und sie nicht in den Kampf gegen den Osten schicke. So würden sie es als eine moralische Verpflichtung ansehen, in der Rüstungsindustrie usw. doppelt fleißig zu arbeiten.“

Die Meldung über tschechische Gefallene an der Ostfront könnte aber auch damit zusammenhängen, daß es Personen gab, die bis 1939 als Tschechen galten, sich aber im Laufe der Zeit als Deutsche aus den verschiedensten Gründen bekannten, dadurch eingezogen und an der Front eingesetzt wurden. Für Tschechen galt grundsätzlich — weder im Sudetengau, noch im Protektorat und in Österreich — die Wehrpflicht. Die Zeit des Protektorats zeigt, ansteigend ab 1939, eine steigende Geburtenhäufigkeit, die u. a. auf die gute Versorgungslage in Böhmen und Mähren zurückzuführen ist, wo man bis zum Kriegsende verschiedene Waren, auch Lebensmittel, ohne Zuteilungsmarken frei bekommen konnte. Es wäre aber interessant etwas Näheres über den Einsatz von Tschechen bei der Wehrmacht zu erfahren. Nach 1945 wurden nicht wenige Tschechen, die sich ab 1939 zum Deutschtum bekannt hatten, nach dem Retributionsdekret zu hohen Kerkerstrafen verurteilt.